

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 09/2025 vom 18.03.2025

RWU Professorin Marlene Haupt über den Gender-Pension-Gap – dieser deutet auf ein zu wenig beachtetes soziales Problem

Professorin Dr. Marlene Haupt, seit 2017 Teil der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege an der RWU, befasst sich mit verschiedenen Faktoren sozialer Ungleichheit. Ein bisher eher vernachlässigter Gradmesser diesbezüglich ist der sogenannte Gender-Pension-Gap, der verhältnismäßig groß ausfällt.

Der Gender-Pension-Gap beschreibt den durchschnittlichen Unterschied der Renteneinkünfte zwischen Männern und Frauen. Die exakte Größe des Gaps ist abhängig davon, welche Daten für die Berechnungen miteinbezogen werden. Werden zum Beispiel neben den gesetzlichen Renteneinkünften auch betriebliche Renten oder anderweitige private Altersvorsorgen miteinberechnet, variiert die Höhe der Rentenlücke. Je nach Berechnung liegt der Gender-Pension-Gap zwischen Männern und Frauen derzeit bei 30 bis 60%. „Im Prinzip ist dieser Umstand aus den Ungleichheiten zu erklären, die bereits während des Erwerbslebens entstehen. Wer wenig verdient, bekommt später auch weniger Rente.“, so RWU Professorin Marlene Haupt.

Dass Frauen bis heute durchschnittlich weniger als Männer verdienen, liegt allerdings nicht daran, dass diese grundsätzlich weniger arbeiten würden. „Tatsächlich arbeiten viele Frauen durchschnittlich länger als Männer in einer normalen Arbeitswoche.“, so Marlene Haupt. Das Problem: Viel Arbeit von Frauen erfolgt unbezahlt, zum Beispiel in Form klassischer Carearbeit, oder wird in unterbezahlten und rentenversicherungsfreien Beschäftigungsformen wie typischen „Minijobs“ ausgeführt. „Zudem arbeiten viele Frauen nach der Geburt des ersten Kindes häufig in Teilzeit und in familienfreundlichen, aber schlechter zahlenden Branchen“.

Insgesamt sind deshalb Frauen auch etwa fünfmal häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Der Gender-Pension-Gap fällt aber auch geografisch unterschiedlich stark aus. Derzeit ist er in Westdeutschland deutlich größer als in Ostdeutschland. Marlene Haupt erklärt dies historisch: „In Ostdeutschland gingen und gehen Frauen nach einer Mutterschaft wesentlich schneller zurück in die Arbeitswelt. Zudem ist die institutionalisierte Kinderbetreuung dort flächendeckend verfügbar und wird von Familien stärker genutzt.“

Eine aktuell politisch viel diskutierte Maßnahme, um den Gender-Pension-Gap zu verringern, ist der weitere Ausbau der Mütterrente. Sie ist auch Teil der aktuellen Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD. „Das Konzept ist allerdings ökonomisch umstritten, da es hohe Kosten verursacht und nach dem Gießkannenprinzip funktioniert.“, so die RWU Professorin. Dies bedeutet, dass es

Alec Weber
Volontär Öffentlichkeitsarbeit

Gebäude H
Raum 039/1
+49 751501-9582
Alec.weber@rwu.de

✉
Postfach / P.O. Box 3022
88261 Weingarten
Germany

🏠
Doggenriedstraße
88250 Weingarten
Germany

🌐
info@rwu.de
www.rwu.de

keine gezielte Lösung für die von Altersarmut betroffenen Frauen bietet, da die Ausschüttung unabhängig von Bedarf und Bedürftigkeit stattfindet.

Die Wissenschaftlerin ist der Ansicht, dass die Problematik aus einem größeren Blickwinkel betrachtet werden müsste: „Deutschland ist bis heute von einem konservativen Familienbild geprägt. Das System ist auf mütterliche Betreuung ausgerichtet und das spiegelt sich letztlich auch in den Renteneinkünften wider.“ Doch dieser Problematik könnte man entgegenwirken. Für Marlene Haupt wären der Ausbau, die Flexibilität und die weitere Professionalisierung institutionalisierter Kinderbetreuung eine sinnvolle Maßnahme.

Darüber hinaus betont Haupt die Notwendigkeit, Anreizstrukturen im Steuer- und Transfersystem zu überdenken. „Das aktuelle System begünstigt traditionelle Rollenverteilungen und behindert die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.“ Insbesondere die steuerliche Begünstigung des Ehegattensplittings sowie die Minijob-Regelung führen dazu, dass Frauen häufiger in geringfügigen Beschäftigungen arbeiten und dadurch geringere Rentenanwartschaften aufbauen. „Die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Reform der Minijob-Regelung könnten dazu beitragen, dass Frauen stärker in existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eintreten und langfristig höhere Rentenansprüche erwerben.“, so die Professorin.

Text: Alec Weber

Foto: privat



Marlene Haupt

Alec Weber
Volontär Öffentlichkeitsarbeit

Gebäude H
Raum 039/1
+49 751 501-9582
Alec.weber@rwu.de

✉
Postfach / P.O. Box 3022
88261 Weingarten
Germany

🏠
Doggenriedstraße
88250 Weingarten
Germany

🌐
info@rwu.de
www.rwu.de